

# Amtsblatt

der Stadt Rheinberg

Amtliches Bekanntmachungsblatt

34. Jahrgang

Ausgabetag: 19.02.2020

Nr. 7

## Inhalt:

## Seite:

- Bekanntmachung über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur 6. und 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 – Westlich der Römerstraße – in Rheinberg 1 34 – 35
- Öffentliche Ausschreibung der Stadt Rheinberg auf Grundlage der VOB betr. Sanierung Amplonius-Gymnasium Bauteil C – Vergabe der Bodenbelagsarbeiten, Vergabe-Nr. 067/2020 36
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kamp-Lintfort, der Stadt Rheinberg und dem Kreis Wesel über die Zusammenarbeit im Bereich der Sammlung und Verwertung von Wertstoffen aus privaten Haushalten 37 – 41

### **Impressum:**

Herausgeber: Der Bürgermeister, 47495 Rheinberg, Kirchplatz 10 (Stadthaus)  
Verantwortlich für den Inhalt: Bürgermeister der Stadt Rheinberg  
Erscheinungsweise: Nach Bedarf  
Bezug: Einzelbezug ist kostenlos bei Abholung im Stadthaus der Stadt Rheinberg, Zimmer 8 (Auskunft), und anderen Auslegestellen im Stadtgebiet möglich.  
Das Amtsblatt steht im Internet unter der Adresse [www.rheinberg.de](http://www.rheinberg.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung.  
Kontakt: Stadtverwaltung Rheinberg, Zimmer 123,  
Telefon 02843/171-131, Telefax 02843/171-480, e-mail-Adresse: [Stadtverwaltung@Rheinberg.de](mailto:Stadtverwaltung@Rheinberg.de)

## Bekanntmachung

### über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur 6. und 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 – Westlich der Römerstraße – in Rheinberg 1

Der Rat der Stadt Rheinberg hat beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 1 – Westlich der Römerstraße – in Rheinberg 1 zu ändern.

Der Hintergrund der 6. Änderung des Bebauungsplanes ist in erster Linie die Umwandlung von ungenutzten Kinderspielflächen in Wohngrundstücke, auf denen eine ortsbildtypische kleinteilige Bebauung in Form von Einzel-/ Doppelhäusern errichtet werden soll. Darüber hinaus soll eine Nachverdichtung im baulichen Bestand vorgenommen werden.

Das planerische Ziel der 7. Änderung des Bebauungsplanes ist die Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der Grundschule am Annaberg im Bereich der Schützenstraße und der Straße „Zu den Stationen“.

Die räumlichen Geltungsbereiche der Bebauungsplanänderungen sind im nachstehenden Übersichtsplan dargestellt.

Gemäß § 3 (1) Baugesetzbuch ist die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planungen zu unterrichten und ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur 6. und 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 – Westlich der Römerstraße – in Rheinberg 1 wird durchgeführt am

**Donnerstag, den 27.02.2020 um 18.00 Uhr  
in der Kath. Kirchengemeinde St. Anna,  
An der Sankt-Anna-Kirche 1, 47495 Rheinberg**

Bürgerinnen und Bürger, die an diesem Termin nicht teilnehmen können, haben zu den Öffnungszeiten die Möglichkeit, die Planunterlagen bei der Stadtverwaltung in Rheinberg, Stadthaus, Zimmer 248, einzusehen.

Rheinberg, den 19.02.2020

Stadt Rheinberg



Tatze

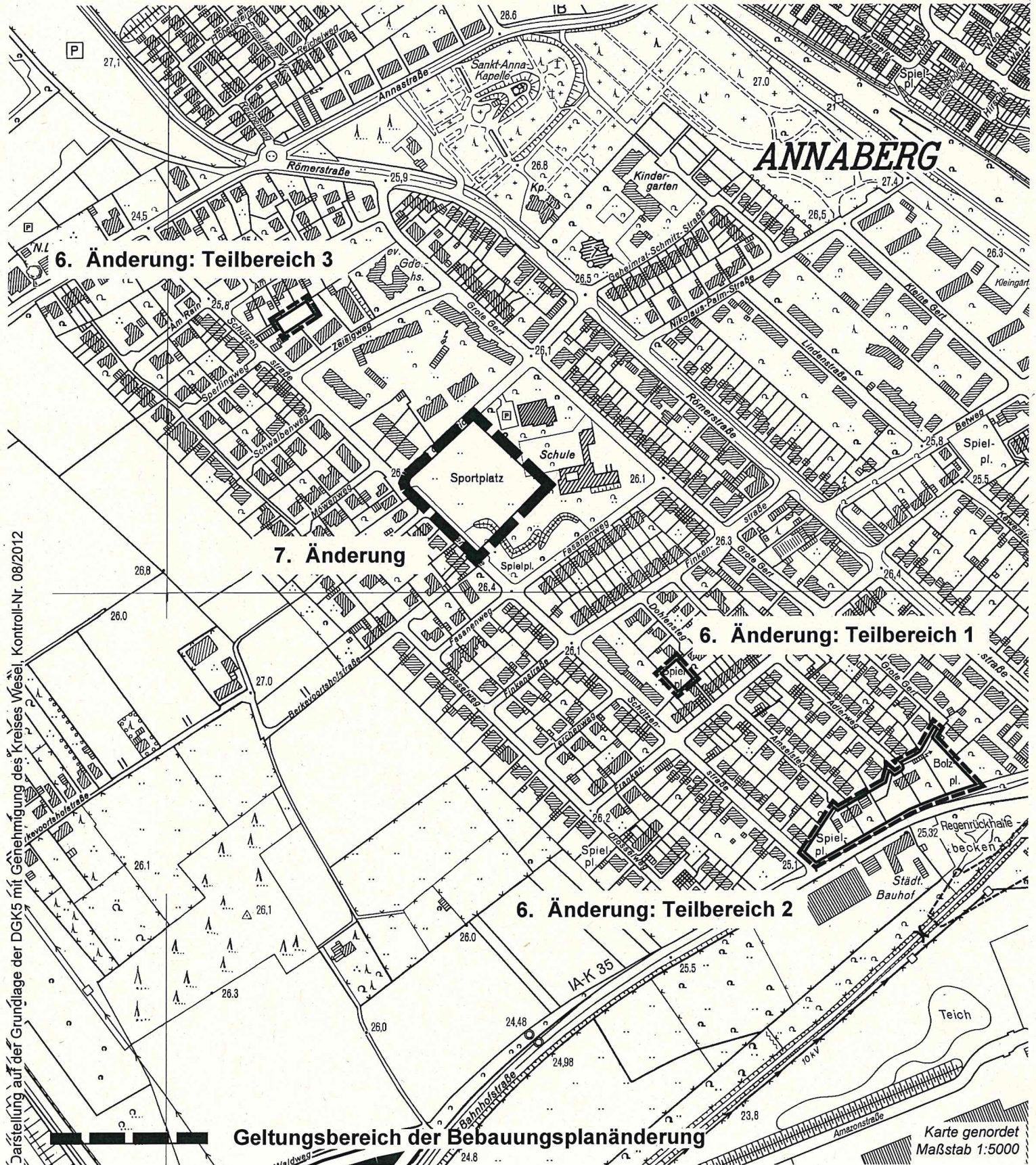
Bürgermeister

# Übersichtsplan

zu den Geltungsbereichen der

6. und 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1

- Westlich der Römerstr. - in Rheinberg 1



Darstellung auf der Grundlage der DGK5 mit Genehmigung des Kreises Wesel, Kontroll-Nr. 08/2012

## Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Rheinberg schreibt auf Grundlage der VOB folgende Maßnahme öffentlich aus:

Sanierung Amplonius-Gymnasium Bauteil C - Vergabe der Bodenbelagsarbeiten, Vergabe-Nr. 067/2020

Die Ausschreibung ist

- im Deutschen Ausschreibungsblatt
- im Internetportal [www.subreport.de](http://www.subreport.de)
- sowie im Internet unter [www.rheinberg.de](http://www.rheinberg.de)

veröffentlicht.

Telefonische Rückfragen unter 02843/171-482.

Rheinberg, 17.02.2020

Stadt Rheinberg  
Der Bürgermeister  
In Vertretung

Kaltenbach  
Beigeordnete

Die nachstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf (202. Jahrgang, Nummer 5 vom 30.01.2020 veröffentlicht:

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kamp-Lintfort, der Stadt Rheinberg und dem Kreis Wesel über die Zusammenarbeit im Bereich der Sammlung und Verwertung von Wertstoffen aus privaten Haushalten**

**Ziele der regionalen Zusammenarbeit**

Nach erfolgreicher Beendigung des Modellversuchs bieten der Kreis Wesel, die Städte Kamp-Lintfort und Rheinberg den Bürgerinnen und Bürgern eine neue Abfallentsorgungsleistung an, die bislang nicht Gegenstand des Leistungsspektrums der kommunalen Abfallentsorgung ist. Diese neue Leistung besteht darin, im Rahmen eines Anforderungs- und Abholsystems insbesondere werthaltige Abfälle aus den Haushalten der anschluss- und benutzungspflichtigen Benutzer abzuholen und der Verwertung zuzuführen (mobile Wertstoffsammlung). Kreisangehörige Kommunen und der Kreis Wesel möchten nach Möglichkeit die Wertstoffsammlung kreiseinheitlich organisieren, durchführen und eine einheitliche Gebührenabrechnung sicherstellen. Die Städte Kamp-Lintfort und Rheinberg sowie der Kreis Wesel werden gemäß der jeweiligen Leistungsfähigkeit in diese gemeinsame Leistungserbringung eingebunden. Eine Beteiligung weiterer Städte und Gemeinden aus dem Kreis Wesel wird angestrebt.

Mit der neuen Leistung der mobilen Wertstoffsammlung wird unter anderem das Ziel verfolgt, die im Kreislaufwirtschaftsgesetz geforderte getrennte Sammlung von Wertstoffen weiter zu entwickeln und die Beraubung an der Grundstücksgrenze oder auf dem Bürgersteig bereitgestellter Abfälle (Wertstoffe) zu unterbinden. Gleichzeitig soll für die privaten Haushaltungen als Benutzer der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtungen der Service optimiert werden, weil Abfälle gegenwärtig nur in Abfallgefäßen oder an der privaten Grundstücksgrenze bereitgestellt und abgeholt werden können.

Kern der neuen Leistung „mobile Wertstoffsammlung“ ist es, gemeinsam die ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung von Abfällen abzusichern und damit eine Erfüllung der Abfallentsorgungspflicht durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (Kreis, kreisangehörige Städte und Gemeinden) in einer optimierten Organisation und einem verbesserten Service der öffentlichen Abfallentsorgung zu gewährleisten.

**Präambel**

1. Die nach nordrhein-westfälischem Landesrecht zur Entsorgung verpflichteten juristischen Personen sind nach § 5 Abs. 1, Abs. 2 LAbfG NRW grundsätzlich die Kreise und kreisfreien Städte. Nach § 5 Abs. 6 Satz 1 LAbfG NRW sind in Nordrhein-Westfalen aber auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger. Ihnen fällt die abfallwirtschaftliche Aufgabe zu, die Abfälle einzusammeln und zu den Abfallentsorgungsanlagen oder zu den Müllumschlagstationen der Kreise zu befördern. Die Kreise haben die Aufgabe der Entsorgung der Abfälle.
2. § 5 Abs. 6 Satz 4 LAbfG NRW regelt die Aufgabenübertragung zwischen den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern. Hiernach können die Kreise auf die kreisangehörigen Gemeinden und kreisangehörige Gemeinden auf die Kreise Entsorgungsaufgaben

schriftlich und einvernehmlich übertragen. Die Eigenschaft des Kreises bzw. der kreisangehörigen Stadt bzw. Gemeinde als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger bleibt von dieser Übertragung unberührt, d. h. die grundsätzliche Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger geht hierdurch nicht verloren. Sinn der Regelung des § 5 Abs. 6 Satz 4 LAbfG NRW ist es, es den Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden abweichend von der grundsätzlichen landesgesetzlichen Zuständigkeitszuweisung zu ermöglichen, einzelne Entsorgungsaufgaben ganz oder teilweise auf den jeweils anderen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (Kreis bzw. kreisangehörige Gemeinde) zu übertragen. Damit soll praktischen Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

3. § 5 Abs. 6 Satz 4 LAbfG NRW regelt somit eine Delegation von Aufgaben (Aufgabenübertragung) und keine Beauftragung Dritter (sog. Erfüllungsgehilfenschaft - § 22 KrWG) und stellt damit eine Sonderregelung zu den Bestimmungen des GkG NRW über öffentlich-rechtliche Vereinbarungen (§§ 23 ff. GkG NRW) dar.
4. Gemäß § 5 Abs. 7 LAbfG NW können sich Kreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Formen kommunaler Zusammenarbeit nach den Vorschriften des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der jeweiligen Fassung bedienen.
5. Die vorgesehene Zusammenarbeit zwischen den Städten Kamp-Lintfort und Rheinberg und dem Kreis Wesel im Bereich der Abfallentsorgung stellt eine allen Beteiligten obliegende Gemeinwohlaufgabe dar. Die Zusammenarbeit basiert auf Art. 12 Abs. 4 der Richtlinie 2014/24/EU, in Verbindung mit § 108 (6) GWB bei der jeder Beteiligte einen Beitrag zur gemeinsamen Ausführung der neuen Dienstleistung erbringt.

Auf der Grundlage der §§ 1, 23 und 24 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621/SGV NRW S. 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) sowie § 5 Abs. 6 und 7 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.06.1988 (GV.NRW. S.250), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07. April 2017 (GV. NRW. S. 442) schließen die Städte Kamp-Lintfort und Rheinberg und der Kreis Wesel gemäß § 5 Abs. 6 und 7 LAbfG sowie § 23 Abs.1 GkG folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

## § 1

### **Übertragung von Aufgaben der Abfallentsorgung im Bereich der Wertstoffsammlung**

- (1) Die Städte Kamp-Lintfort und Rheinberg übertragen dem Kreis Wesel gemäß § 5 Abs. 6, Satz 4 LAbfG die ihnen obliegende Aufgabe der Einsammlung von Wertstoffen aus privaten Haushalten im Rahmen eines Anforderungs- und Abholsystems (mobile Wertstoffsammlung).
- (2) Die Aufgabenübertragung umfasst die Sammlung und den Transport der durch das Wertstoffmobil erfassten Abfälle zu der Abfallentsorgungsanlage des Kreises Wesel.
- (3) Die unter Absatz 1 und 2 beschriebenen Aufgaben hat der Kreis Wesel in seine Zuständigkeit übernommen. Das Recht und die Pflicht zur Erfüllung dieser Aufgaben gehen auf den Kreis Wesel über (§ 23 Abs.1, 1. Alternative, Abs. 2 Satz 1 GkG NW).
- (4) Die Übertragung nach den Absätzen 1 und 2 umfasst auch das Recht des Kreises Wesel, für die von den Städten übernommenen Aufgaben anteilige Kostenbeiträge (Gebühren) von diesen zu erheben.
- (5) Der Kreis Wesel überträgt nach § 23 GkG NRW Teile dieser Aufgaben an die Stadt Rheinberg.

## § 2

### **Aufgabenwahrnehmung durch gemeinsame Zusammenarbeit**

- (1) Die Aufgabe der Information und Beratung der privaten Haushalte über die mobile Wertstoffsammlung wird von den Städten für ihr jeweiliges Gebiet durchgeführt. Sie werden dabei durch den Kreis Wesel unterstützt. Alle Partner unterstützen sich gegenseitig bei der Erstellung von Informationsmaterial und bei der Öffentlichkeitsarbeit. Pressetermine werden möglichst gemeinsam wahrgenommen.
- (2) Anfragen zur Abholung von Wertstoffen aus privaten Haushalten werden von den Städten entgegengenommen. Nach Plausibilitätsprüfung werden die Anfragen zur weiteren Terminabstimmung und Abholung an die Stadt Rheinberg weitergeleitet.
- (3) Die Stadt Rheinberg erbringt die Dienstleistung der Fahrzeugstellung einschließlich des Fahrers und des Laders, die Abholung und den Transport der Wertstoffe. Die erforderlichen Stellen sollen, soweit möglich, der Förderung zur Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt dienen. Die Vertragspartner sind sich einig, dass hier eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit gegeben sein kann.
- (4) Soweit die Stadt Rheinberg zum Beispiel im Krankheits- und Urlaubsfall die personelle Ausstattung nicht sicherstellen kann, wird die Stadt Kamp-Lintfort geeignetes Personal kurzfristig zur Verfügung stellen.
- (5) Die Vertragspartner stellen so weit wie möglich ihre Betriebsgrundstücke für den Umschlag von Wertstoffen aus der mobilen Sammlung grundsätzlich zur Verfügung. Die

Partner entscheiden einvernehmlich über Optimierungen bei der Sammlung, Umschlag Transport und Verwertung.

- (6) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist zugänglich für weitere Städte und Gemeinden im Kreis Wesel. Die Vertragspartner entscheiden gemeinsam, welchen Beitrag die hinzutretenden Kommunen einbringen.

### § 3

#### **Aufwandsentschädigung**

Der Kreis Wesel erstattet der Stadt Rheinberg die zusätzlichen Aufwendungen für die Vorhaltung und den Betrieb (einschließlich Personal) eines geeigneten Fahrzeuges für die Einsammlung von Wertstoffen. Extern zu beziehende Leistungen werden im Wettbewerb vergeben.

### § 4

#### **Dauer der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung**

Die Vereinbarung über die Sammlung und Verwertung von Wertstoffen aus privaten Haushalten ist zunächst auf 2 Jahre angelegt und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr soweit sie nicht mit einer Frist von 9 Monaten zum 31.12. eines jeden Jahres von einem der Vertragspartner gekündigt wird. Die Kündigung bedarf der Schriftform und muss gegenüber allen anderen Vertragspartnern erklärt werden.

### § 5

#### **Schiedsklausel**

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen.
- (2) Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

### § 6

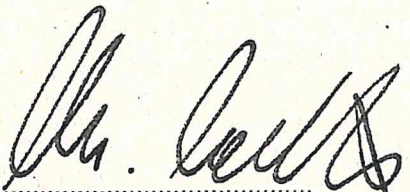
#### **Inkrafttreten**

Die Vereinbarung tritt zum 01.01.2020 in Kraft.



Für die Stadt Kamp-Lintfort

Kamp-Lintfort, den 22/10/15

  
Herr Prof. Dr. Christoph Landscheidt


Für die Stadt Rheinberg

Rheinberg, den 27.10.2019

  
Herr Frank Tatzel

Für den Kreis Wesel

Wesel, den 7. Nov. 2019

  
Herr Dr. Ansgar Müller